

# presse

---

## **Die neuen politischen Kräfte in Tunesien jetzt unterstützen**

Anlässlich einer Reise nach Tunesien erklärt der zuständige Berichterstatter für den Nahen Osten der SPD-Bundestagsfraktion Günter Gloser:

Die Bundesregierung, aber auch Parteien und politische Stiftungen sollten die neuen politischen Kräfte in Tunesien jetzt aktiv unterstützen. Das Interesse an Reformen und an Beratung gerade aus Deutschland sind groß. Es gibt viele Stimmen, die das präsidentiale System überwinden wollen, deshalb kann gerade das deutsche Grundgesetz zu einem Vorbild für das "neue Tunesien" werden. Voraussetzung ist eine aktive Präsenz Deutschlands vor Ort und das klare Signal, dass Deutschland zur Unterstützung Tunesiens bereit ist.

Schon bei der letzten Reise nach Tunesien im Dezember 2010 war die Perspektivlosigkeit vieler gut ausgebildeter junger Menschen ein großes Thema. Leider hatten die offiziellen tunesischen Gesprächspartner damals wie schon in den Jahren zuvor auf alle Appelle zu einer demokratischen Öffnung und eine Einbeziehung kritischer Oppositioneller bei der Bewältigung der Probleme des Landes nur mit Schulterzucken reagiert. Inzwischen haben die Ereignisse die ehemalige Regierungspartei RCD hinweggefegt, die Probleme aber sind geblieben. Umso mehr ist es jetzt Aufgabe der Europäischen Union, das Land zu unterstützen. Dies wäre durch einen bevorzugten Zugang zum EU-Markt, auch bei Agrarprodukten, möglich oder auch durch einen verstärkten Austausch von Studierenden und die privilegierte Zulassung von Fachkräften aus Tunesien auf dem europäischen Arbeitsmarkt.